

Stand: 16.02.2026 07:04:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8774

"Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8774 vom 05.11.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9889 des GP vom 02.12.2025
3. Beschluss des Plenums 19/9931 vom 10.02.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberg, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU

Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird, wenn die im Bundeskoalitionsvertrag verankerte Forderung nach einem Primärarztsystem umgesetzt wird, aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine Ausnahmeregelung vom verpflichtenden Primärarztsystem bei Fachärzten für Psychiatrie und Psychotherapie eingeführt wird.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag des Bundes (S. 108, Z. 3379f.) wurde eine verpflichtendes Primärarztsystem verankert.

Im Primärarztsystem soll der Hausarzt immer die erste Anlaufstelle für die Patienten sein. Bei Bedarf wird der Patient dann von hier an einen Facharzt weitervermittelt. In Deutschland gibt es bereits ein Primärarztsystem, das Hausarztmodell – auf freiwilliger Basis. Die gesetzlichen Krankenkassen sind dazu verpflichtet, eine hausarztzentrierte Versorgung (HzV) anzubieten. Die Krankenkassen schließen entsprechende Verträge mit Hausarztverbänden dazu ab.

Gegen eine Einführung eines obligatorischen Primärarztsystems zur besseren Koordination und Effizienz im deutschen Gesundheitssystem spricht grundsätzlich erstmal nichts. Allerdings stellen psychische Erkrankungen besondere Anforderungen an die Versorgung. Die Inanspruchnahme psychischer Gesundheitsleistungen unterscheidet sich von anderen Bereichen. Aufgrund von noch immer bestehenden oder manchmal auch einer befürchteten gesellschaftlichen Stigmatisierung wird vielen Betroffenen der Zugang zur Behandlung unnötig erschwert. Der Direktzugang zu den Fachärzten für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie muss sichergestellt sein.

Bereits jetzt sind im Koalitionsvertrag Ausnahmen für Augenärzte und Gynäkologen im Primärarztsystem vorgesehen. Es braucht einen flexiblen und niedrigschwelligen Zugang zur Hilfe bei psychischen Erkrankungen – im Sinne der Patienten und Ihrer psychischen Gesundheit.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),
Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU
Drs. 19/8774**

Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Anton Rittel**
Mitberichterstatter: **Paul Knoblach**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 2. Dezember 2025 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberg, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner CSU

Drs. 19/8774, 19/9889

Psychische Erkrankungen brauchen flexible Regelungen

Die Staatsregierung wird, wenn die im Bundeskoalitionsvertrag verankerte Forderung nach einem Primärarztsystem umgesetzt wird, aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine Ausnahmeregelung vom verpflichtenden Primärarztsystem bei Fachärzten für Psychiatrie und Psychotherapie eingeführt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident